

II-4395 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH  
 DER BUNDESMINISTER  
 FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN  
 ROBERT GRAF

Zl. 10.101/179-XI/A/1a/88

Wien, am

1.6.1988

1922/AB

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Leopold GRATZ

1988-06-03  
 zu 1958 J

Parlament  
1017 Wien

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1958/J betreffend Bauwirtschaft, Angst vor Auftragseinkäufen, welche die Abgeordneten Eigruber und Dr. Krünes am 7. April 1988 an mich richteten, beeheire ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Mein Ressort hat im April dieses Jahres das Bauprogramm für Bundesstraßen um 184,3 Millionen Schilling aufgestockt. Durch diese Aufstockung können viele neue zum Teil kleine, arbeitsintensivere Maßnahmen in das Bundesstraßen-Bauprogramm aufgenommen werden, wodurch zusätzliche Aufträge an Baufirmen vergeben werden können.

Im Zuge der Veränderung wurden die Mittel für die Wohnbauförderung um 10 % gekürzt. Ziel der Veränderung war, durch die Dezentralisierung einen effizienten Einsatz der Mittel zu ermöglichen. Dadurch erschien eine Mittelreduktion berechtigt und aus der Sicht der Bauwirtschaft auch vertretbar.

. / 2

- 2 -

Um finanziellen Engpässen in der Übergangsphase vorzubeugen, stehen Mittel aus dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987 zur Verfügung. Zusätzlich beabsichtigen die Bundeswohnbaufonds ihre aushaftenden Darlehen aus der Förderungstätigkeit bis 1967 zu verwerten und den Erlös zu 2/3 den Ländern (etwa 5 Milliarden Schilling) zur Verfügung zu stellen, wodurch deren Spielraum für die Bautätigkeit insbesondere im Bereich des Wohnbaues vergrößert werden soll.

Mit Auslaufen der Förderungen für Stadterneuerung und Startwohnungen kam es Ende 1987 zu einem Vergabeschub. Dieser wird vor allem 1988 und 1989 für die Bauwirtschaft in einem Ausmaß von etwa 700 Millionen Schilling wirksam.

Die Gefahr eines Auftragseinbruchs mit Mitte des heurigen Jahres ist nicht gegeben.

Ich darf in diesem Zusammenhang die letzten verfügbaren statistischen Daten zur Bauwirtschaft anführen:

Zwar gingen die längerfristigen Auftragsbestände mit Stichtag 30.9.1987 gegenüber dem Niveau des Vorjahrestichtages zurück - wobei sich ein gleichartiges Phänomen bereits zum damaligen Zeitpunkt zeigte.

Die Auftragsbestände für die nächsten 12 Monate lagen aber zum 30.9.1987 um 1,6 % höher als zum 30.9.1986. Die Auftragseingänge lagen im IV. Quartal 1987, und zwar bereinigt um die Storni, um rund 2 % höher als im Vorjahresquartal. Diese Daten zeigen damit eine gute Auslastung der Bauwirtschaft an, die für das gesamte Jahr 1988 anhalten wird.

Die Zahl der Beschäftigten in der gesamten Bauwirtschaft lag im März mit 193.815 um gut 10.000 höher als im März 1987. Die Zahl der Arbeitslosen, die zuletzt in einem Betrieb des Hoch- und

- 3 -

Tiefbaus, des Ausbau- und Bauhilfsgewerbes beschäftigt waren, lag ebenfalls im März mit 45.613 um rund 9.500 niedriger als im März 1987. In beiden Fällen handelt es sich um die besten Werte, die die Bauwirtschaft seit 1984 zu verzeichnen hatte.

Die Zahl der offenen Stellen in den Bauberufen war im März mit 4.139 um 8 % höher als im März 1987 und hat den Höchststand für diesen Monat seit 1981 erreicht.

Das bedeutet, daß auch die Beschäftigungsdaten wesentlich besser als in den Vorjahren sind.

Zur Aufrechterhaltung einer guten Baukonjunktur werden seitens meines Ressorts folgende Beiträge geleistet:

Eine Abfrage über die von meinem Ressort vergebenen Bauaufträge im Hochbau und im Tiefbau (Budgetkapitel 64) ergab mit Stand 11.4.1988 einen Wert von 27,3 Milliarden Schilling, das sind um 3,2 Milliarden Schilling beziehungsweise um 13,75 % mehr als Anfang April 1987. Darin schlagen sich insbesondere die zusätzlichen Maßnahmen im Bundeshochbau nieder, für die noch Mittel durch Sonderfinanzierungen über die ASFINAG-Novelle beziehungsweise durch einen Gesetzes- und einen Ministerratsbeschuß zu den vorgesehenen Budgetmitteln hinzukommen.

Der Effekt dieser zusätzlichen Maßnahmen wird etwa bis 1990 wirksam sein.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Eine Analyse der Winterbauarbeitslosigkeit der letzten Jahre zeigt, daß sich eine vergleichsweise gute Auftragslage der Bauwirtschaft nicht in einer vergleichbar guten Beschäftigungslage niederschlägt, der vergangene Winter hat dies sehr deutlich gezeigt.

- 4 -

Der Beitrag meines Ressorts zu einer möglichst geringen Winterarbeitslosigkeit besteht in den bereits angeführten Zusatzmaßnahmen im Bundeshochbau, die gerade im kommenden Winter voll zum Tragen kommen werden und bei denen aufgrund ihrer Verteilung auf zahlreiche Einzelvorhaben eine gute Streuung der Beschäftigung erreicht wird.

Aus den durch die ASFINAG-Novelle flüssiggemachten Geldern und auch durch die vom Stadterneuerungsfonds und den Förderungen von Startwohnungen zur Verfügung gestellten Mittel werden sowohl neue Bauvorhaben begonnen als auch in Durchführung befindliche Bauvorhaben beschleunigt weitergeführt und größere Instandsetzungsmaßnahmen, welche in wesentlichen Teilen auch im Winter durchgeführt werden können, in Angriff genommen, sodaß trotz der restriktiven Budgetpolitik die befürchtete Rekordwinterarbeitslosigkeit im nächsten Winter abzuwenden sein wird.

Darüberhinaus soll durch die zusätzliche Inangriffnahme vorrangiger Straßenbauvorhaben, die im wesentlichen erst 1989 in vollem Ausmaß wirksam würden, ein spürbarer Beschäftigungsimpuls ausgehen. Diese Maßnahme würde auch konjunkturpolitisch zum richtigen Zeitpunkt einsetzen, da ein Nachlassen der Baukonjunktur erst im Laufe des kommenden Jahres zu erwarten sein dürfte.

Ganz allgemein erwarte ich, daß eine grundsätzliche Lösung des Problems der Winterbauarbeitslosigkeit erst durch ein einvernehmlich von den Sozialpartnern zu erststellendes Ganzjahresarbeitszeitmodell möglich sein wird, das aber bezüglich der kostenmäßigen Auswirkungen noch mit den großen Auftragsgebern abzusprechen sein wird.

